Vom Kidnapping Maduros in Venezuela bis zu Trumps Annexionsplänen für Grönland: Die USA setzen offen auf Imperialismus – und stärken damit paradoxerweise ihre Gegner. Europa schaut tatenlos zu und verkommt als bloßer Brückenkopf Washingtons. Von **Sevim Dagdelen**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260107-Naechster-Halt-Groenland-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Wie der US-Imperialismus die Gegenkräfte stärkt

Die Europäer zeigen sich verwundert. Nachdem sie – etwa in der Haltung von Bundeskanzler Friedrich Merz – den völkerrechtswidrigen und unprovozierten Angriffskrieg der USA gegen Venezuela sowie die gewaltsame Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro mit der Einschätzung, „die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes ist komplex“, zu rechtfertigen versuchten, drängt US-Präsident Donald Trump nun darauf, als Nächstes Grönland aus dem dänischen Staatsverbund zu lösen und zu annektieren. Die verdeckte Komplizenschaft der EU mit den USA erweist sich jedenfalls als nutzlos, falls sie eigentlich Schutz vor eben diesen USA bieten sollte.

Ähnlich wie im Fall Venezuelas unternimmt die USA kaum Anstrengungen, überzeugende Begründungen für eine Intervention vorzulegen. Die Begründungen der Völkerrechtsbrüche stehen auf tönernen Füßen. So wird bereits im Prozess gegen Maduro in den USA der Vorwurf, er sei Mitglied eines Drogenkartells, relativiert. Und Trumps Behauptung, gerade seien in Grönland überall russische und chinesische Schiffe und deshalb brauche man Grönland für die nationale Sicherheit, bemüht sich gar nicht erst um Fakten.

Wie in Venezuela steht letztlich die exklusive Sicherung von Rohstoffen im Vordergrund; Angebote Grönlands zu Gesprächen darüber sowie die geopolitische Absicherung einer künftigen arktischen Front gegen Russland und China ändern daran nichts.

Pläne für eine „freie Assoziierung“ statt direkter Besetzung

Wer bei einer möglichen Kontrolle Grönlands durch die USA primär an eine militärische Besetzung denkt, könnte sich irren. Der britische *Economist* berichtet von Überlegungen der Trump-Administration, mit der Insel Abkommen zu schließen, vergleichbar mit denen zu den pazifischen Staaten Mikronesien, den Marshall-Inseln und Palau. Dort erhält Washington im Austausch für finanzielle Unterstützung weitreichende Entscheidungsbefugnisse in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Formal bleiben diese Staaten unabhängig, doch durch die Abkommen sind sie eng an die USA gebunden. Ein solches Assoziierungsabkommen mit Grönland würde den USA zusätzlich den Vorteil bieten, die Insel von Dänemark zu distanzieren. Bereits durch ein Abkommen von 1951 ist den USA die Stationierung einer unbegrenzten Zahl von Soldaten in Grönland vertraglich gestattet. Derzeit existiert nur eine aktive US-Militärbasis im Norden der Insel.

Welchen Pfad die Trump-Administration auch einschlägt – sie ist entschlossen, die Angelegenheit zeitnah zu klären. Im Hintergrund steht die neue strategische Orientierung der USA, die westliche Hemisphäre – also den gesamten amerikanischen Kontinent, zu dem auch Grönland zählt – zu kontrollieren und als Basis für eine Erneuerung der globalen US-Hegemonie zu nutzen. Das Ziel ist nicht eine Aufteilung der Welt in exklusive Einflusszonen, in denen Russland und China in ihrem Umfeld entsprechend handeln könnten, sondern die Schaffung einer Plattform, von der aus die USA ihren Imperialismus erneuern können, um den Konflikt mit Russland, vor allem aber mit dem Hauptrivalen China, aufzunehmen.

Wie bei allem Menschlichen stellt sich jedoch die Frage, ob die Absicht gelingt oder ob nicht sogar das Gegenteil des Gewünschten eintritt.

Folgen in Venezuela und die Entlarvung des Völkerrechts

Zwar haben die USA in Venezuela laut Berichten mindestens 80 Menschen getötet und den Präsidenten entführt, doch das Öl kontrollieren sie noch nicht. Während Maduro in New York einem operettenhaften und kafkaesken Prozess entgegensieht – gerade auch die öffentliche Entwürdigung des Angeklagten spricht für einen Schauprozess –, wurde seine Stellvertreterin Delcy Rodríguez, eine überzeugte Chavistin, als amtierende Präsidentin vereidigt. Rodríguez gibt sich kooperationsbereit, aber will den US-Ölfirmen wie ExxonMobil keine Carte blanche erteilen, so wie Trump dies fordert. Auch der Handel mit China und Russland wird von Seiten Venezuelas nicht eingeschränkt. Im Gegenteil scheint nun ein engeres Bündnis mit den BRICS-Staaten für Venezuela attraktiver, um sich gegen die Zumutungen aus Washington und den Plan, das Land durch die USA regieren zu

lassen, zur Wehr zu setzen.

Die USA haben darüber hinaus demonstriert, dass das Völkerrecht für sie nicht mehr gilt. Damit haben sie der seit 1945 gültigen internationalen Rechtsordnung eine Beerdigung erster Klasse bereitet. Washington beruft sich de facto auf das Recht des Stärkeren mit dem Anspruch, weltweit Ordnung zu schaffen, und entlarvt damit zugleich aber die westliche Hegemonie. Selbst Demokratie und Menschenrechte werden nicht einmal mehr als Alibi zur Interventionslegitimation vorgebracht. Die Legitimationslücke scheint vor allem die EU-Spitzen wie Kaja Kallas und von der Leyen zu beunruhigen, die sich in abstrakten Bekenntnissen zum Völkerrecht üben.

Stärkung der Gegenkräfte und Europas Rolle als Zaungast

Die rasche Abfolge der Ereignisse – dass auf Venezuela nun Grönland folgt – wirft die Frage auf, ob ein solches System der Drohung nicht unbeabsichtigt die Gegenkräfte stärkt und Handelsbeziehungen etwa mit China in der Region attraktiver macht, da man dort keine Überfälle durch den Handelspartner befürchten muss. Letztlich stärken die USA mit ihrem ruchlosen Vorgehen die Gegenmächte – vergleichbar mit einem Imperium, das die Weltbühne nicht freiwillig verlassen will, aber zumindest einen spektakulären Abgang für sich selbst inszeniert wissen will.

Die Europäer hingegen bleiben Zuschauer der Weltgeschichte. Berlin, Brüssel, Paris und London haben sich an jene gebunden, die sie gegen Russland in die vorderste Front eines aussichtslosen Krieges drängen wollen, ohne selbst direkt angegriffen zu werden; dabei ist auch an die Terroranschläge auf die Nord-Stream-Pipelines zu denken sowie an deren Vorgeschichte, in der verschiedene US-Administrationen erklärten, alles tun zu wollen, um den Bau bzw. Betrieb dieser Gasleitungen zu verhindern.

Während der globale Süden in Teilen versucht, die Gelegenheit zu nutzen, sich von den USA zu emanzipieren und eine neutrale Position einzunehmen, begnügen sich die Europäer mit der geostrategischen Rolle als Brückenkopf der USA in Eurasien. Dies umfasst nicht nur die Stationierung der bis zu 100.000 US-Soldaten in Europa und die US-Raketenstationierungspläne in Deutschland 2026, die russische Kommandozentralen ausschalten könnten, sondern auch die zunehmende Dominanz bedeutender europäischer Unternehmen durch US-Investmentfonds wie BlackRock sowie die jahrzehntelange Formung transatlantischer Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien.

Raus aus der NATO

Wer ein Signal für die eigene demokratische Souveränität setzen möchte, muss nun den Abzug der US-Truppen und die Schließung der US-Basen fordern. Die NATO, die weder ein Werte- noch ein Verteidigungsbündnis darstellt, sondern die US-Hegemonie in Europa sichern hilft, muss verlassen werden, will man noch einen Rest an Selbstachtung wahren. Doch wie sehr Herrschaft auf hegemonial gepanzerter Gewalt beruht, zeigte sich an der gemeinsamen Verlautbarung der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Polens, Italiens, Spaniens, Großbritanniens und Dänemarks zu Grönland. Dabei wird zum Schutz Grönlands darauf verwiesen, dass die NATO die Arktis bereits zu ihrer Priorität gemacht habe und dies noch verstärken wolle und sowohl die USA als auch Dänemark Mitglied der NATO seien, um indirekt die Ansprüche der USA zurückzuweisen. Und der polnische Ministerpräsident Tusk fügte verstärkend hinzu: „Kein Mitglied sollte ein anderes Mitglied der Nordatlantikpakt-Organisation angreifen oder bedrohen. Andernfalls würde die NATO ihre Bedeutung verlieren …“

Ein grotesker Irrtum der Europäer. Der NATO-Vertrag – so die offizielle Fiktion – schützt das Bündnisgebiet, nicht jedoch die Mitgliedsstaaten voreinander; das haben bereits Griechenland und die Türkei in ihren Konflikten erfahren müssen. Sollten US-Truppen in größerer Zahl nach Grönland verlegt werden, wird niemand eingreifen. Die etwa 60 dänischen Soldaten inklusive des Verbindungsoffiziers auf der US-Militärbasis in Grönland und die rund 70 dänischen Polizisten wären sicherlich schlecht beraten, auf die Idee zu kommen, Widerstand leisten zu wollen. Die Europäer jedenfalls werden gar nichts tun, so wie bei Venezuela, und vielleicht auch noch den Kakao trinken, durch den sie gezogen werden.

Titelbild: muratart/shutterstock.com